

Stiftung für die Bürger ¹²

WEILROD Finanzpolitiker bereiten Gründung vor ^{9.4.202}

Bei Enthaltung von CDU und Grünen sprach sich der Haupt- und Finanzausschuss Weilrod für die Gründung einer Bürgerstiftung mit dem Namen „Unser Weilrod“ in der Stiftergemeinschaft der Taunus Sparkasse aus. Die Gemeinde soll durch Vorab-Einwerbung bei Bürgern und Firmen ein sogenanntes Dotationskapital von 25 000 Euro in die Stiftung einbringen. Der Stiftungsrat soll mit sieben stimmberechtigten Personen besetzt werden.

In einer umfassenden Präsentation gaben Christine Kopplin und Jochem Coerdt von dem Geldinstitut Informationen zur Errichtung der Stiftung. Ihre Aussagen: „Im Zentrum stehen die Bürger, die mit Ideen, Zeit und Geld Projekte in ihren Ortsteilen umsetzen“ und: „Die Bürgerstiftung lebt von Zuwendungen, Spenden und Vermächtnissen.“

Vom eingezahlten Dotationskapital entfallen 20 000 Euro auf das dauerhaft zu erhaltende Vermögen, 5000 Euro werden als Spende zugewendet und müssen innerhalb von zwei Jahren einem Stiftungszweck zugeführt werden. Bei künftigen Zuwendungen ab einem Betrag von 500 Euro entfallen 80 Prozent auf das

Grundstockvermögen, 20 Prozent sind als Spende zu verwenden.

Die „Stiftung unser Weilrod“ soll gemeinnützige und mildtätige Stiftungszwecke verwirklichen, soweit gemeindliche Aufgaben des eigenen Wirkungskreises erfüllt werden. Projekte sind möglich im öffentlichen Gesundheitswesen, in Jugend- oder Altenhilfe, in den Bereichen Kunst und Kultur, Denkmalschutz und -pflege, Bildung und Ausbildung, Natur- und Klimaschutz sowie Landschaftspflege, im Wohlfahrts- und Rettungswesen sowie im Brandschutz, im Sport, der Heimatpflege und Heimatkunde, für mildtätiger Zwecke sowie bei bürgerschaftlichem Engagement.

Die Taunus Sparkasse verwaltet das Stiftungsvermögen. Im Schnitt der vergangenen zehn Jahre gab es 3,4 Prozent Rendite auf das gebundene Kapital. Das Kuratorium der Stiftergemeinschaft übernimmt die Überwachungs- und Kontrollaufgaben und die Deutsche Stiftungstreuhand AG als rechtliche Vertreterin die Verwaltungsarbeit. „Sie haben nur mit den schönen Dingen zu tun“, sagte Coerdt. Denn der noch zu bestimmende bis zu siebenköpfige Stiftungsrat ent-

scheidet über die Mittelverwendung – also darüber, welche Projekte gefördert werden. Die erstmalige Benennung der weiteren Mitglieder erfolgt auf Vorschlag des Gemeindevorstands. Als ständige Mitglieder sind Kraft Amtes der jeweilige Bürgermeister und der Vorsitzende der Gemeindevertretung vorgesehen.

Damit hatte Marlis Teubert (Grüne) ein Problem. Sie plädierte für einen politisch unabhängigen Stiftungsrat. Dr. Stephan Wetzfel (SPD) sah das anders: „Die Stiftung steht und fällt mit der Akzeptanz in der Bevölkerung. Wir brauchen bekannte Mandatsträger, um Gelder einzuwerben und das ehrenamtliche Engagement zu fördern.“ Es gebe nichts Demokratischeres und Objektivere, als diese beiden Positionen der Gemeinde zu übertragen. Seitens der FWG signalisierte Holger Fißer: „Wir stehen dahinter.“ Ausschussvorsitzender Jens Heuser (FWG) hob außerdem die Bedeutung eines schnellen Durchgriffs auf die Verwaltung hervor. Er sagte: „Wir arbeiten doch alle daran, dass die Bürgerstiftung erfolgreich für alle wird.“ Die Gemeindevertretung wird am 28. April endgültig darüber entscheiden.